

Ulrich Koch verläßt Bündnis 90 / Die Grünen wegen deren Haltung zum Kosovo-Krieg

Hiermit erkläre ich -nach 15 Jahren Mitgliedschaft- meinen Austritt aus der Partei Bündnis 90 / Die Grünen. Gleichzeitig lege ich die Sprecherfunktion (Vorsitz) im Ortsverband Bickenbach nieder.

Grund für diesen Schritt, der mir schwer fällt, ist die deutsche Politik bezüglich des Kosovo, welche im Rahmen der rot-grünen Koalition durch Bündnis 90 / Die Grünen mit getragen und daher mit zuverantworten ist.

Als Lehren aus zwei Weltkriegen mit ursächlicher Beteiligung Deutschlands lernte ich, daß Krieg kein Mittel der Politik werden und der Zweck die Mittel nicht heiligen darf. Persönlich habe ich mit solchen Begründungen den Wehrdienst verweigert. Auch die verbrecherische Politik Milosevics gegen die Kosovaren kann den NATO-Krieg gegen Rest-Jugoslawien nicht rechtfertigen. Ich gestehe anfänglich selbst auf die scheinbar unentrinnbare Kriegslogik hereingefallen zu sein. Natürlich hatte auch ich Srebrenica nicht vergessen und hing zunächst dem kindlichen Irrglauben an, daß eine starke Faust zum Guten hin wirken müsse und könne. Schließlich ist mir nur zu deutlich klar, daß ich mit meinem Hintern in Sicherheit sitze und ungestraft solche Zeilen schreiben kann. Da läßt sich leicht raisonieren. Ich dachte daher nicht das Recht zu haben, den Stab über die Rambomethoden zur Rettung von Onkel Tom brechen zu dürfen...

Erst allmählich mußte ich mir durch den Nebel der Kriegsberichterstattung offen auf der Hand liegende Tatsachen vergegenwärtigen, wie das Fehlen eines UN-Mandates -die NATO schritt international gesehen zur Selbstjustiz- und das Fehlen einer grundgesetzlichen Legitimation eines Bundeswehreinsatzes in diesem verharmlosend als Kosovokrise bezeichneten Krieges. Warum haben denn diejenigen Politiker, die den Kosovokrieg für notwendig halten, nicht zuvor das Grundgesetz geändert -wie damals beim sogenannten 'Asylkompromiß' ? Die Türkei als Mitglied der NATO betreibt seit vielen Jahren gegenüber der kurdischen Bevölkerung eine Politik der ethnischen Vertreibung und Zerstörung, welche der Milosevics in letzter Konsequenz in nichts nachsteht. Wer bitte soll das noch verstehen ? Nicht nur durch diesen Widerspruch kommt die moralische Legitimation einer Verteidigung der Menschenrechte durch die NATO immer mehr ins Wanken. Wenn Militärs mit dem scheinbar sachlich-sterilen Begriff 'Kollateralschäden' Opfer der Zivilbevölkerung infolge der Luftangriffe technisch beschreiben und Politiker dies nachschwätzen und glauben, diese um des hehren Zieles willen inkauf nehmen zu müssen, wird mit den Menschenrechten Schindluder betrieben und mir wird übel.

Der Bielefelder Parteitag der Grünen fand statt unter dem informellen Präjudiz, Fischer werde als Außenminister zurücktreten und die Koalition mit der SPD auf Bundesebene sei nicht mehr zu retten, wenn der Parteitag nicht im Wesentlichen der Linie des zweiten Mannes im Kabinett folge. Hat eine demokratisch diskutierende Partei solche Vorgaben nötig ? Sind grundsätzliche Weichenstellungen -und wer will bestreiten, daß es sich bei der Frage des 'gerechten Krieges' um eine solche handelt- nicht vorrangig vor der Frage, welche Person eine Regierungsfunktion ausübt und ob eine Regierungskoalition, also ein 'Zweckbündnis', weiterbesteht. Schließlich geht es um Menschenleben und nicht um Pfründen von Personen und Parteien. Irgendwie haben sich die Gewichte in erschreckendem Maße verschoben !

Was wollen wir unseren Kindern erzählen ? In den Schulen fordern LehrerInnen und Eltern gewaltfreie Konfliktlösungen von den Kindern, wenn sich mal welche die Nasen blutig geschlagen haben. Mediationsverfahren sind gerade 'en vogue'. Aber im Großen glauben wir, alles Recht der Welt zu haben, unsere Position mit Waffengewalt und ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen zu dürfen. Wann ist denn Gewaltanwendung zur Durchsetzung der eigenen Interessen legitim und wer entscheidet darüber ?

Wohlwollende Kritiker meiner Partei bescheinigen ihr nach dem Bielefelder Parteitag Realitätssinn statt illusionärer pazifistischer Träumerei. Grüne Großkopfen fordern gerade auch im Zusammenhang mit dem Kosovokrieg endlich Regierungsfähigkeit ein. Bundeskanzler Schröder

wird in Reaktion auf den Bielefelder Parteitag der Grünen zitiert: "Wer jetzt meint, er müßte für die Akzeptanz der Realität auch noch eine Belohnung kriegen, der hat ein merkwürdiges Politikverständnis." Der Mann ist im falschen Film. Hier wird nicht auf Spatzen geschossen.

Heißt dies alles, der Krieg war objektiv unvermeidbar ? Soll dies uns die Notwendigkeit der von der NATO offenbar angepeilten Doktrin, sich auch außerhalb der Länder des Bündnisses als selbsternannter Weltpolizist aufspielen zu wollen, schmackhaft machen. Solchen Plänen, im Gefolge der Feierlichkeiten zum 50-jährigen Bestehen der NATO öffentlich geäußert, wurde bisher weder von grüner noch von SPD-Seite widersprochen. Dies ist für mich keinesfalls akzeptabel. Hat nicht Gandhi bewiesen, daß gewaltfreier Widerstand Undenkbares bewirken kann. Diese historischen Menschheitserfahrungen werden geleugnet - statt dessen bomben wir Jugoslawien in die Steinzeit zurück und wundern uns, daß der Haß sich potenziert. Darüber, daß die Mittel den erwünschten Effekt auch nach über 50 Bombennächten nicht erreicht haben, will ich nicht weiter reden. All dies wird von meiner Partei in Regierungsposition mitverantwortet. Wer glaubt eigentlich, daß grüne Parteitagsbeschlüsse zu einer Unterbrechung der NATO-Bombardements auch nur von einer Nacht führen. Dagegen legitimiert der Parteitagsbeschuß die NATO-Politik. Dies kann und will ich nicht mehr als Parteimitglied vertreten (müssen) !

Der Vergleich des finanziellen Mitteleinsatzes für die Kriegführung mit dem für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge zeigt doch offensichtlich, was hier schief läuft. Wir sollten die Bringschuld umkehren und Politiker, welche den Krieg für legitim und notwendig halten, zwingen, unsere Steuergelder für die Menschen einzusetzen und zur Finanzierung des Luftkrieges Spenden zu sammeln. Der Krieg wäre morgen zu Ende...

Kritik an der Rolle meiner Partei gab es schon früher. An Gründe und Umstände des Rücktritts von Iris Blaul sei hier stellvertretend erinnert. Erstmals ernsthafte Austrittsgedanken bekam ich anlässlich der unter dem Namen 'Cousinenaffäre' bekanntgewordenen Ursachen für den Rücktritt von Umweltministerin Margarete Nimsch. In beiden Fällen wurden grüne Politikprinzipien mit Füßen getreten. Im Unterschied zu der aktuellen Frage der Haltung zum Krieg im Kosovo konnte aber von individuellen Fehlleistungen ausgegangen werden. In der Frage 'Krieg als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln' geht es um Grundüberzeugungen. Die bin ich nicht bereit, auf irgendeinem rot-grünen Altar zu opfern.

Mir selbst muß ich vorwerfen, mich nicht nachhaltig in die Diskussion um den Kurs der grünen Partei eingemischt zu haben - dies ist mir nur zu bewußt. Dies kann mich jedoch nicht davon abhalten, aus einmal gewonnen Erkenntnissen die richtigen Schlüsse zu ziehen und konsequent zu handeln, zumal Taten mehr zählen als Worte. Wenn meiner Partei nicht nur WählerInnen sondern auch aktive MitstreiterInnen fortlaufen, wirkt dies hoffentlich nachhaltiger auf den Willensbildungsprozeß um den zukünftigen Weg. Daß andere Parteien eine öffentliche Auseinandersetzung zu diesem Thema überhaupt ganz scheuen -wenigstens das kann man den Grünen immerhin zu Gute halten-, macht die Sache nur noch schlimmer.

PS: Mein Mandat in der Gemeindevertretung Bickenbach lege ich nicht nieder. In den meisten hier von mir vorgebrachten Überlegungen weiß ich mich einig mit meinen KollegInnen in der Fraktion. Das macht Mut...

Bickenbach, den 18. Mai 1999